

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

23 (28.1.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit, 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 S, auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Donnerstags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. C. & C. E., sämtliche in Karlsruhe.

Die deutsche Antwortnote

Berlin, 27. Jan. Die Antwort der Regierung auf die Kollektivnote in der Räumungsfrage wurde heute vormittag den alliierten Vertretern übergeben. Sie lautet:

Herr Reichsminister! In der dem Herrn Reichsminister am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einstweilen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darstellungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung jener Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher möglichst vollständige dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung die Bestätigung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzuhalten und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzung für die fristmäßige Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar der alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des tatsächlichen Sachstandes, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen geführten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Versailler Vertrages beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten. Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verkenntung der Tragweite der Art. 428 und 429 vorzuziehen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestritt nicht, daß die Artikel der Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machten. Ihre Behauptung, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist nicht zutreffend. Die Tatsachen der völligen Entlassung Deutschlands ist offenkundig, als daß die alliierten Regierungen die Nichtinnehaltung des vertragsmäßigen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite der Art. 428 und der Art. 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die in Art. 429 vorgesehene Voraussetzung eine von ihrer Entscheidung abhängige Voraussetzung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen der Art. 428 nicht weniger Vertragsrecht sind, als diejenigen des Art. 429. Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbarsten politischen Zusammenarbeit besteht nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung in ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angeführten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konfliktes schaffen.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die neue Note der Alliierten ist ungewöhnlich rasch gegeben worden. Herr Dr. Stresemann scheint momentan auf dem Gebiete des innerpolitischen Intrigenspiels keine Partie vorzuziehen, so daß er sich seinen amtlichen Aufgaben widmen kann. Die Antwort der Reichsregierung ist höchlich lobenswert, insofern sie die Schwäche der Note augenfälliger logischer und rechtlicher Schwäche der Note der Alliierten war deutlicher als die Antwort auch leicht zu geben. Wir hoffen, daß es trotz alledem, was in der letzten Zeit vorgegangen ist, möglich sein wird, auch diese so bedeutungsvolle Angelegenheit auf dem Wege der Verständigung regeln zu können, der einzige Weg, der für Deutschland zu einem guten Ende führen kann.

Eine scharfe englische Erklärung zur Räumungsfrage

London, 27. Jan. Wie das Reutersbüro erklärt, ist es erwünscht, die Nachricht, daß Großbritannien die Räumung der Kölner Zone erwäge, zu dementsprechen. Hinsichtlich der Gerüchte über Verhandlungen zwischen Großbritannien und Deutschland in dieser Frage muß erneut festgestellt werden, daß diese Frage nicht Großbritannien allein angeht, sondern eine internationale Angelegenheit ist. Die britischen Truppen in dieser Zone sind dort nur ein Teil der Vorkämpferarmee. Die Deutschland überreichende Note macht es völlig klar, daß wir hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone nichts unternehmen, bis Deutschland die

Vestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt hat. Wenn dies geschehen ist, wird die Räumung automatisch folgen.

Durch diese auffallend scharf gehaltene englische Erklärung soll offenbar die Wirkung der Note der Alliierten erhöht werden, genau wie die vorgelegten Kammerdebatten in Paris dem gleichen Zwecke zu dienen hatten.

Die Kommunisten als elende Helfer der Reaktion

Schwere Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 28. Jan. Die Berliner Sozialdemokratische Partei veranstaltete gestern gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Berliner Sportpalast eine Kundgebung für die Republik. Der Berliner Bezirksverbandsvorsitzende Künstler und Reichstagspräsident Böbe sprachen über die innere Politik. Ihre Ausführungen abfielen in einer Kampfanlage der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Luther. Ueber außenpolitische Fragen sprach der Reichstagsabgeordnete Brelschied. Während seiner Rede kam es zwischen anwesenden Kommunisten und Reichsbannerleuten zu Zusammenstößen, die einen größeren Umfang annahmen, als Dr. Crispian, Müller, Frank und der preussische Ministerpräsident Baun, der die Arbeiter aufforderte, Republik und Demokratie zu schützen.

Nach der Kundgebung kam es in der Potsdamer Straße zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, in deren Verlauf es auf beiden Seiten der Schussverwundungen nach längeren Vermählungen die Straßen zu säubern und den völligen unterbundenen Verkehr wieder herzustellen. In der 11. Abendstunde wurde in der Lindenstraße in der Nähe des Vorkämpfergebäudes ein von der Kundgebung kommender, etwa 100 Mann starker Zug des Reichsbanners von einem 300 Mann starken Kommunistentrupp überfallen. Es entspann sich in der Dunkelheit ein heftiger Kampf, bei dem es gleichfalls auf beiden Seiten Verletzte gab. 10-12 Reichsbannerleute, die Schuss- und Stichwunden erhalten hatten, mußten zur Rettung ins Krankenhaus transportiert werden.

Das erbärmliche Verhalten und Treiben der deutschen Kommunisten wird täglich schamloser und schändlicher. In allen deutschen Parlamenten spielen die Kommunisten die Rolle der feigen und willfährigen Lakaien der Reaktion, und wo immer die Sachwalter des Großkapitals und Agrariatswesens es wünschen und fordern, versuchen die Kommunisten die Interessen der deutschen Arbeiterschaft zu schädigen und zu vernichten. Das haben sie seit Jahr und Tag in solch ausreichendem Maße getan, daß man glauben sollte, sie hätten jeden Reford auf diesem Gebiete gefürchtet. Aber wir sehen jetzt, daß die Kommunisten ihr erbärmliches und schändliches Treiben noch zu steigern vermögen, und das ausgerechnet in der Zeit, in der in Deutschland die Reaktion in der gefährlichsten Weise zum Vorkopf gegen Demokratie und Republik freisetzt. Was Wunder, wenn die Reaktionäre in Deutschland ihre Angriffsflut gegen die Republik und gegen die Demokratie zu steigern vermögen, wenn sie sehen, daß eine sog. Arbeiterpartei ihnen dabei in der schamlosesten Weise Helfershelferdienste leistet. Und weiter, was Wunder, wenn die Reaktionäre aus der jammervollen Tatsache neue Kraft schöpfen, daß Hunderttausende von deutschen Arbeitern einer Partei die Stimme geben, die in so ungeheurer Weise täglich an den Lebensinteressen der deutschen Arbeiterschaft sich vergeht, wie die kommunistische Partei. Und wenn man außerdem die oft schon zum Skandal ausgegessene Geduld sehen muß, mit der auch sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter dem kommunistischen Treiben in den Betrieben und in den Vereinen der Arbeiterschaft zusehen, braucht man sich ebenfalls nicht zu wundern, wenn die kommunistische Frechheit sich steigert und die Reaktionäre vor der Kraft und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft keinen innerlichen Respekt haben. Würde allgemein, wie wir es stets betont und gefordert haben, in unbedingtem Energie und in rücksichtsloser Entschlossenheit der kommunistischen Gesellschaft entgegengetreten werden, wäre sie verhältnismäßig schnell politisch unschädlich gemacht. Gerade in Berlin hat man gegenüber dem kommunistischen Treiben eine Toleranz an den Tag gelegt, die sich ungeheuer schwer an der gesamten Berliner Arbeiterschaft rächt. Und dazu haben leider die Levi und Genossen ihren bösen Teil beigetragen. Vorgänge, wie sie gestern Abend in Berlin wieder durch die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie verübt worden sind, werden natürlich heute von der gesamten reaktionären Presse in stiller und lautem Jubel aufgenommen werden. Was wir ganz verständlich finden. Wie lange wird sich die deutsche Arbeiterschaft das politische Verbrechen der deutschen Kommunisten noch gefallen lassen?

Erhöhung der Erwerbslosenziffern

Berlin, 27. Jan. Von Anfang bis Mitte Januar 1925 hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 536 000 auf 583 000, d. h. um rund 9 Prozent

zugenommen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 494 000 auf 540 000, die der weiblichen von 41 000 auf 43 000 erhöht. Die Zahl der Aufstellungsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 722 000 auf 750 000 gestiegen. Die auch diesmal noch erhebliche Zunahme erklärt sich insbesondere aus der Abnahme von Gelegenheitsarbeit und der Verschmäherung der Konjunktur, wie sie für eine Reihe von Verbrauchsindustrien nach Weihnachten einzutreten pflegt. Auch erreicht im Januar erfahrungsgemäß der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt seinen Tiefpunkt.

Klar zum Gesecht gegen die preussische Reaktion!

Schärfste Kampfanlage des rheinischen Zentrums an Deutschnationale und Volkspartei

Die „Rheinische Volkszeitung“ (Zentrum) schreibt am Montagabend unter der Überschrift „Klar zum Gesecht!“ zu der preussischen Regierungskrise:

Wir wissen, was das staatsbürgerliche Gewissen von uns verlangt. Eins können wir den besorgten Völkern auf der Westseite schon heute sagen: Sie können am kommenden Freitag Hebräeraktionen erleben. Wir lassen uns zu jeder Arbeit, die im Interesse des Volkswohles liegt, heranziehen, aber wir lassen uns nicht mißbrauchen. Das Rechtelmeist mit den Volksdewitten, das sogar der „Rheinischen Zeitung“ auf die Herzen fiel, hat selbst den Vertrauensseligsten die Augen geöffnet. Wir erkennen es heute: Es geht ums Ganze. Preußen soll, koste es, was es wolle, zum Trutzberg des politischen und sozialen Rückschritts gemacht werden, unklümmert um die Wirkungen im Lande, unbestimmert um die verhängnisvollen Wirkungen im Auslande. Langsam und sicher soll das alte System wieder aufleben — dieses System mit seiner Ungerechtigkeit gegen den katholischen Volksteil und gegen alles, was nicht in den ostelbischen Kram paßt. Wir haben auch am neuen Staate manches auszusprechen, aber gemessen an dem, was früher war, bedeutet er doch auf wichtigen Gebieten einen gewaltigen Fortschritt. Wir erkennen die Taktik: Man will das Zentrum in Preußen in eine Rechtskoalition zwingen, um es „unschädlich“ zu machen. Gegen diese Versuche rufen wir unsere Wählerkraft zum Kampfe auf, und dieser Ruf wird nicht verhallen: Hundert Jahre ostelbischer Herrschaft mit all ihrer Ungerechtigkeit gegen den katholischen Volksteil sind in Preußen und im Rheinland namentlich noch unvergessen, und die Aussicht auf die beherrschende Wiederkehr derselben Kreise von einst wird alle Gefühle wieder erwecken, die nur geschlafen haben, weil man sich in einem freisinnig gerichteten Staate wähnte; sie werden erwachen, sobald man den alten Gegner wieder vor sich sieht.

Wir kennen unsere Verpflichtungen gegenüber dem neuen Preußen und unserer Wählerkraft. Der Kampf um die Einstellung Preußens hat begonnen. Das reaktionäre Preußen hat sich zusammengedrückt und holt zum Schläge aus, es richtet widerbegehrlich seine Blide zum Westen. Aber dessen darf man auf der anderen Seite gewiß sein: Einem reaktionären Preußen sagen wir den schärfsten Kampf an, und wir haben heute ganz andere Machtmittel als früher zur Verfügung, um diesen Kampf erfolgreich zu führen. Die Herausforderung vom 28. Januar ist gegeben und wir nehmen den Hebräerhandstuch auf.

In ähnlichem Sinne äußert sich am Montagabend die „Rheinische Volkszeitung“, das offizielle Kölner Zentrumorgan, das folgendes schreibt:

Das Rein von Ambusch, des Führers der christlichen Bergarbeiter, des Mannes, der nun seit Monaten die bittere Not zweifacher arbeitender Schichten aus allernächster Nähe kennt, sollte in ganz Deutschland bei allen, denen am inneren Frieden des Volkes gelegen ist, wie ein Warnungssignal wirken, daß man nicht ungestraft übersehen kann. Die wirtschaftliche Reaktion, der ungestraft weitgehend vorhandene Wille bestimmter großkapitalistischer Kreise, den christlichen sozialen Gedanken in der Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik niederzutreten, mit arbeitenden Menschen umspringen, als ob die gemeinsame Not des deutschen Volkes diese Menschen verflüchtete, aufrieden zu sein, wenn sie nicht verhungern, das ist der Weg zum Bürgerkrieg. Das ganze Zentrum ohne Unterschied der Klassen, Stände und Schichten muß, wenn es den Anspruch auf den Namen und Charakter einer christlichen Partei erhebt, sich mit voller Wucht gegen diese Reaktion stemmen, und wenn sie nicht überwunden werden kann dadurch, dann muß eben nur mit den Linksparteien zusammen die Reaktion überwunden werden. Nicht den Linksparteien zuzue, sondern dem Vaterlande und dem Volke und dem Siege des christlichen Gedankens zuliebe! Das ist der tiefere Sinn des doppelten Reins Ambusch-Wirt, und das ist auch ganz bestimmt der tiefere Sinn der Stimmenhaltungen des Zentrums innerhalb und außerhalb des Saales. In der Reaktion selber muß jedem, der es noch nicht begriffen haben sollte, klar gemacht werden, daß die Gefahren unendlich viel größer sind als viele von denen glauben, die mit dem Volke nicht in Verbindung kommen. In diesem Gefahrenkomplex wird auch um das Befestigen der deutschen Zentrumspartei als solche gewürfelt.

Schlechte Aussichten für die Neu- regelung der Besoldungsordnung

Anfälle des bisherigen Leiters der Staatsabteilung im Reichsfinanzministerium, des zum Reichsfinanzminister auf-
gerückten Ministerialdirektors von Schuleren ist Ministerialdirektor
Dr. Kestholz getreten. Bei einer noch seinem Amtsantritt erfolgte
Ausprache mit den Beamten-Expertenorganisationen erklärte
er sich bereit, in absehbarer Zeit mit den Vertretern der Beamten-
Expertenorganisationen in eine Besprechung des gesamten Besol-
dungsproblems einzutreten. Von dieser Besprechung erhoffen
die Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden eine
wesentliche Verbesserung des augenblicklich geltenden Besoldungs-
systems. Bekanntlich sind nicht nur die Grundgehälter unzuläng-
lich, und die Spannungen zwischen den Besoldungsgruppen un-
gleich, sondern auch das Wohnungsgeld ist im Wege des Diskonts
an die Stelle des Ortszuschlags getreten. Gute schon der Orts-
zuschlag seine Mängel, vor allen Dingen, weil er die Einteilung
in fünf Ortsklassen aufrechter hielt, so übernimmt das Woh-
nungsgeld nicht nur diesen ungerechten Zustand, sondern es ver-
schärft ihn noch durch ein übertriebenes Spannungsverhältnis
ganz wesentlich.

Die Aussichten, die für eine Neuregelung der Besoldungs-
verhältnisse vorhanden zu sein scheinen, beleuchtet eine soeben
dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die Entwicklung der
Reichsbeamten von 1897 bis Dezember 1924. Darin wird aus-
einandergesetzt, daß die Bezüge der Beamten im Hinblick auf ihre
Fortbildung, ihre Leistungen und ihre Verantwortlichkeit gegen-
über einfacherer Vorbildung und Leistung viel zu gering seien.
Es wird bezwungen auf die Spannungen in der Privatwirtschaft
und schließlich schließt:

Die Privatwirtschaft besitzt ihre gut ausgebildeten und in
seltener, verantwortlicher Stellung befindlichen Angestellten
verhältnismäßig erheblich besser als das Reich seine verpflich-
teten Beamten, während dies bei den mit den Beamten der un-
teren Besoldungsgruppen vergleichbaren Angestellten nicht der
Fall ist.

Beigefügt wird außerdem, daß die Familienaufschläge bei der
heutigen Regelung für verheiratete Beamte der unteren Besol-
dungsgruppen bereits einen großen Teil ihrer Gesamtbezüge
darstellen und daß deshalb eine weitere Erhöhung der Familien-
zuschläge aus besoldungspolitischen Erwägungen nicht mehr in
Frage kommen kann.

Aus diesen Feststellungen der Denkschrift ist ersichtlich, wie
schon das Reichsfinanzministerium eine eventuelle, auf Grund der
von den Parteien gestellten Besoldungsanträge vorzunehmende
Regelung vorstellt. Es soll ganz offenbar der soziale Grund-
satz zur Anwendung kommen, den höheren Beamten außer-
gewöhnlich hohe Zulagen zu gewähren — siehe das Beispiel der
Reichsfinanzverwaltung! — und bei den unteren Gruppen die jetz-
igen Besoldungsbezüge bestehen zu lassen.

Die Beamten, ihre Organisationen und die Öffentlichkeit
werden den reaktionären Plänen des Reichsfinanzministeriums
entsprechende Beachtung zuzuwenden müssen, damit eine neue so-
ziale Regelung der Bezüge verhindert wird.

Die Regierungsfrage in Hessen

Das Zentrum als Helfershelfer der Reaktion — Energische Ablehnung der Demokraten

Darmstadt, 27. Jan. (Fig. Bericht.) Die Verhandlungen
über die hessische Regierungsbildung scheinen nun auf einem
Wendepunkt angekommen zu sein. Trotzdem die Weimarer Ko-
alition in Hessen über eine tragfähige Mehrheit verfügt, scheitern
die Verhandlungen an der Forderung des Zentrums, die Ko-
alition nach rechts zu erweitern. Das Zentrum versucht nun
eine Rechtsregierung zustandzubringen mit Einschluß der Demo-
kraten. Die hessische Rechts- und Zentrumspresse sucht nun mit
allerlei Schmeicheleien die Demokraten zu einem Umfall zu be-
wegen. Die Demokraten beschließen am Montag einstimmig, dem
Zentrum folgende Antwort zu geben:

Die demokratische Partei übernimmt in keiner Form in-
genwendliche Verantwortung für das Zustandekommen einer rechts-
gerichteten Regierungskoalition. Eine Beteiligung an einer sol-
chen wird ebenso bestimmt abgelehnt wie eine Begünstigung oder
Duldung. Die Arbeit der bisherigen Koalition wurde durch die
letzten Landtagswahlen vom hessischen Volk anerkannt. Die drei
Koalitionsparteien verfügen nach wie vor über eine ausreichende
Mehrheit. Im Interesse einer stetigen Landespolitik ist daher
die Beibehaltung der Regierungskoalition aus Sozialdemokraten,
Zentrum und Demokraten zurzeit das Gegebene. Wir sehen
Sie von diesem Beschluß in Kenntnis mit der höchsten Bitte,
ihnen den anderen in Betracht kommenden Fraktionen mitzuteilen.

Damit haben die hessischen Demokraten einen konsequenteren
Standpunkt eingenommen, der das Zustandekommen einer
Rechtsregierung in Hessen unmöglich macht. Ohne die Demo-
kraten hat eine Rechtsregierung in Hessen keine Mehrheit. Man
kann gespannt sein, welche Haltung nunmehr das Zentrum ein-
nehmen wird. — Am kommenden Donnerstag findet die Wahl des
Staatspräsidenten durch das Plenum des Landtags statt. Dann
wird die Entscheidung fallen, ob der hessische Landtag dem Vor-
gehen des Reichstags und des preussischen Landtags folgen will
oder ob der Wille der Wählerschaft, die in ihrer Mehrheit republi-
kanisch wählte, respektiert wird.

Es geht auch ohne Konkordat

Im Zeichen des bayerischen Konkordats

Aus München wird uns geschrieben: Mit vollem Rechte
kann der bayerische Kultusminister Ratt behaupten, daß das
Konkordat keine Veränderung im Verhältnis zwischen Schule und
katholischer Kirche bringe. Zwar steht der Zwang zur Erstellung
des Religionsunterrichts, unter den das Konkordat die bayerischen
Lehrer stellt, im Widerspruch zur Reichsverfassung, aber er be-
deutet nur die gesetzliche Festlegung eines Zustandes, der schon
vorher bestanden hat. Eine ausdrückliche Bestätigung dafür bietet
uns ein Vorgang, der uns aus bayerischen Lehrerkreisen mitge-
teilt wird.

Es war vor etwa fünf Jahren bei einer Zusammenkunft der
Bereitigung „Akte Raedagogia“ in einer bayerischen Stadt. Der
anwesende katholische Pfarrer wurde auf die bekannte Ver-
fassungsbestimmung hingewiesen, nach der die Erstellung des Re-
ligionsunterrichts der freien Entschiedenheit des Lehrers über-
lassen bleibt. „Dawohl“, antwortete er mit feinem Lächeln, „so
steht geschrieben. Aber wir haben uns geklopft. Wir geben ein-
fach den austretenden Seminaren die „missio canonica“ mit.
Dann müssen sie Religionsunterricht erteilen, oder sie verlassen
den Kirchenirrtum!“

Dieser Vorgang wirkt wieder ein großes Schlaglicht auf die
Abichten der Kirche. Deutlicher kann die schwere Kulturbe-
dröhung nicht charakterisiert werden, die durch das Konkordat er-
folgt.

Großzügige Wahlvorbereitungen der englischen Arbeiterpartei

London, 27. Jan. (Fig. Bericht.) Obwohl die nächste eng-
lische Wahl aller menschlichen Voraussicht nach erst in einigen
Jahren stattfinden wird, so geht doch die Labour Party schon
jetzt daran, die nächste Wahl geistig und agitatorisch vorzubereiten.
Ein großer Plan für die Durchdringung der ländlichen und
Wegzweige mit kleinen Städten mit den Ideen der Arbeiterbewegung
ist entworfen worden, da man in der gesamten Arbeiterbewegung
die Vorbereitung dieser sogenannten „rückwärtsliegenden Gebiete“
für die Vorbereitung für jede zukünftige Majorität im Unter-
haus betrachtet. Außerdem soll der Bildung der Redner und Re-
ferenten größere Sorgfalt als bisher zugewendet werden, u. a.
dadurch, daß eine hochentwickelte Erscheinung Druckkraft für die Re-
ferenten herausgegeben wird und daß der offizielle Pressedienst
der Labour Party und der englischen Gewerkschaften, der
wöchentlich einmal unter dem Namen „Labour Press Service“
herauskommt, durch eine Zeitschrift, betitelt: „Der neue Staats-
bürger“ ergänzt werden soll.

Diese neuen Publikationen werden in Gemeinschaft mit den
britischen Gewerkschaften herausgegeben werden. Gleichzeitig ist
nicht nur die Labour Party an die Vorbereitung dieser abgelegenen Gebiete
herangegangen, sondern auch die Gewerkschaften, die ja hier mit
der Labour Party in einer auf dem Kontinent unüblichen engen
Verbindung stehen, haben begonnen, ihre während der schlimmsten
Streifenjahre verlorenen Mitglieder wieder zurückzugewinnen —
ein Prozeß, der zwar schon im Gange ist, durch diese Kampagne
aber noch mehr beschleunigt werden soll.

Japans Außenpolitik in Ostasien

Tokio, 26. Jan. (Fig. Bericht.) Der japanische Außen-
minister hat im Herrenhaus über die Außenpolitik Japans
gesprochen. Die Rede gab die Bestätigung des japanischen
Willens, sich stärker an Rußland und China anzuschließen und
seine Interessen künftig vorwiegend in Ostasien zu suchen.
Hinsichtlich Chinas laute er, Japan sei an ganz China bis zu
dem Grade interessiert, der für die nationale Existenz Japans
wesentlich sei. Man wolle sich aktiv an allen friedlichen Un-
ternehmungen auf diesem Gebiet, besonders aber in der
Manchchurei und in der Mongolei, beteiligen. Japans Politik
gegenüber China sei die der strikten Befestigung der chine-
sischen Souveränität. In die inneren Angelegenheiten Chinas
werde sich die Regierung nicht einmischen. Das chinesische Volk
müsse frei sein, sein eigenes nationales Leben so zu leben,
wie es selbst es wünscht. In keinem Falle könne Japan den
Plan aufheben, die chinesischen Eisenbahnen einer interna-
tionalen Verwaltungskontrolle zu unterstellen, weil das chinesische
Volk wirtschaftlich und politisch noch nicht reif sei. Ueber das
Verhältnis Japans zu Rußland laute er, daß diese beiden Län-
der so viel gemeinsame Interessen hätten, daß sie angewunden
wären, ihre Freundschaftsbeziehungen dauernd aufrecht zu er-
halten. Die Verhandlungen mit allen Umständen Quellen
lange gedauert, weil man unter allen Umständen Quellen
künftigen Streitigkeiten vermeiden wollte. Die Beziehungen
zu den Vereinigten Staaten, fuhr der Minister fort, müßten
das Ziel haben, den Frieden und die Sicherheit in den Gebieten
des Stillen Ozeans zu fördern. Japan vertraue darauf,
daß das amerikanische Volk diese Ansicht teile. Japan be-
dauere die besondere Klausel des amerikanischen Einwan-
derungsgesetzes von 1924 gegen die Japaner. Er hoffe, daß das
amerikanische Parlament dieses Gesetz abändern werde. Der
wichtigste Punkt in dieser Frage sei, daß das amerikanische Volk
zu einem gerechten Verständnis des japanischen Volkes in seiner
Anschauungsweise komme.

Der Thronanwärter mit falschem Paß

Wien, 27. Jan. (Fig. Bericht.) Der ungarische Thronprä-
dent Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Friedrich, hält sich unter
falschem Paß in Wien auf. Die linksstehenden Kreise fordern
seine Ausweisung. Albrecht unterhält mit den legitimistischen
Kreisen, die seine Erhebung auf den Thron betreiben wollen,
lebhafteste Verbindung.

Aus dem Freistaat Baden

Fragewut im Landtag

Eine förmliche Frage wut scheint sich gewisser Parteien
des badischen Landtags bemächtigt zu haben. Es gibt gewiß
viele Dinge im badischen Lande, über die nähere Aus-
kunft zu verlangen das Recht der Abgeordneten ist. Aber die
Sitte der kurzen oder förmlichen Anfragen kann auch zu einem
soeben A. u. F. ausarten, wenn Fragen gestellt werden,
denen man beim ersten Durchlesen schon anmerkt, daß sie von
den „Interpellanten“ nicht gestellt wurden, um über irgend
eine Sache Aufklärung zu erhalten, sondern nur deshalb, um
irgend ein Parteigegensatz zu machen, oder aus Unhöflichkeit
oder aus Populäritätsdummheit. Die Deutschnationalen sind
Weißer in dieser Frage. Ueber irgend einen kleinen, un-
scheinbaren Dreck vertreiben sie die ernsteste kurze Anfrage zu
konstruieren und Herr Bauer verliert die Anfrage mit einem
Ernte und einer Würde, daß man wirklich glauben könnte,
es sei den Herren ernst mit ihren Fragen!

Nicht minder gut versteht die guten Freunde der Deutschna-
tionalen, die Herren Deutschnationalen, kurze An-
fragen zu fabrizieren. So ließen sie in einer der letzten Sit-
zungen eine Kilometeranfrage betr. „die Einmischung der Presse-
abteilung der badischen Regierung in private Angelegenheiten
eines Reichsbeamten“ vom Stapel, die geradezu lächerlich ist,
und die verdient, daß die Regierung erklärt, solche Fragen
seien ihr doch zu dumm und einfältig, als daß sie eine Ant-
wort verdienen. Es handelt sich bei dieser lächerlichen An-
frage um die Karlsruhe volksparteiliche Parteigröße Ober-
leutnant a. D. und Oberregierungsrat Bauer, der bekannt-
lich als von der Republik angeklagt und beklagter Beamter
ersetzlich brachte, in der schwarz-weiß-roten Reichsgründungs-
feier der Reichswehrverbände die Festrede zu halten. Irrend ein
Blatt hatte nun über diesen Herrn Bauer eine Notiz gebracht
und die Presseabteilung der badischen Regierung sandte, wie
wir hören, diesen Zeitungsausschnitt, wie sie es läßt bei
Dukenden anderen Angelegenheiten tut, an die zuständige
amtliche Stelle, in diesem Falle an das Hauptverwaltungsamt,
bei dem der Herr Bauer beschäftigt ist. Das nennen die volks-
parteilichen Frauemänner nun „Einmischung in die privaten
Angelegenheiten eines Reichsbeamten“. Man kann sich Tun
nur kleinlich und lächerlich nennen. Viel eher wäre zu ver-
stehen, wenn eine der republikanischen Parteien eine Anfrage
an die Regierung stellen würde, was sie zu tun gedente gegen
das Verhalten eines republikanischen Beamten, der es fertig

bringt, in einer antirepublikanischen Kundgebung den Fest-
redner zu machen. Wir wissen aber, daß republikanischen Par-
teien ist der Herr Oberleutnant nicht wichtig genug, um ihn
zum Gegenstand einer Anfrage zu machen. — Ebenso kleinlich ist
die deutsch-volksparteiliche Anfrage betr. des Disziplinaver-
fahrens gegen den Herrn Landrat Schabbe. Wenn die
Herren glauben, sie könnten mit dieser lächerlichen und hämi-
schen Radeckspolitik gegen den Innenminister Ge-
schäfte machen, so täuschen sie sich. Man merkt die Absicht doch
zu deutlich und wird deshalb nicht verstimmt.

Beweisen möchten wir auch, ob eine Zentrumsanfrage
betr. „die konfessionelle Verbesserung durch Stadtpfarrer Kemmer
in Karlsruhe“ wirklich so absolut nötig war. Es stimmt aller-
dings, der deutschnationale Herr Stadtpfarrer Kemmer hat
in der Tullaschule in Karlsruhe einige dumme nationalistische
Bemerkungen gemacht, er wurde aber sowohl von seinen eige-
nen Schülern korrigiert, wie auch von dem Klassenlehrer. Herr
Kemmer trat einen demütigen Rückzug an, die Sache wurde
gütlich, schließlich durch die Vermittlung des Karlsruhe Stadtschul-
amts beendet. Ob nun da noch eine Bemühung des
Landtags und der Regierung nötig ist, möchten wir doch be-
zweifeln.

Die Methode der „kurzen“ und der „förmlichen“ Anfragen
ist eine alte Einrichtung im Parlament. Aber sie kann auch
ins Gegenteil schlagen, wenn aus den Anfragen ein Ziel-
frage wird, wenn dieses parlamentarische Recht zu politi-
schen und Parteizwecken mißbraucht wird. Wir meinen, die
drei angeführten Beispiele zeigen, daß die alte Einrichtung
in eine schlechte Um-...gen beginnt. Es wird an dem
Landtag selbst liegen, dafür zu sorgen, daß durch allzu viele,
durch unnötige, und eine bestimmte politische Absicht nur zu
deutlich erkennende tragerei kein Ansehen nicht unter-
graben wird.

Kein Abbau der Mittelschuldirektoren?

Die „Freiburger Tagespost“, das dortige
Zentrumorgan, brachte unlängst eine Mitteilung
über die Befegung etlicher erledigter Hauptlehrer.
stellen in diesem und sprach hierbei von der Möglichkeit
einer „parteilichseitigen einseitigen Beamtenbefegung“.
Im Anschluß daran schrieb das Blatt folgendes:

„Man hat in mancher richtungsloser Weise die Pro-
fessoren der höheren Lehranstalten abgebaut, soweit sie
das 60. Lebensjahr überschritten hatten. Betreffs der
Direktoren hat es der Öffentlichkeit gegenüber geheißen,
daß auch sie in den Ruhestand versetzt würden, sobald sie
den Abbau an ihrer Schule durchgeheht hätten. Dieser
Abbau ist nun zu Ende. Von der Zurückbelegung der betr.
Direktoren jedoch schweigen alle Blätter. Dabei handelt
es sich ungefähr um ein Duzend Direktoren höherer Lehr-
anstalten, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, ja-
gar ziemlich nahe an das 65. herangerückt sind. Es wäre
ein Unrecht, wenn die Abbaumagnahme hier Halt machen
würde. Man sagt, daß die in Frage kommenden Herren
wohl sämtlich der demokratischen Partei nahestünden;
wir glauben einweisen nicht, daß hier parteipolitische
Einflüsse am Werk sind.“

Zu diesen immerhin interessanten Mitteilungen, die
auch die „B. S. u. Z.“ vom 24. Januar
übernommen hat, wäre zunächst zu bemerken, daß man es
in der Tat nicht verstehen könnte, wenn in der Frage des
Abbaues von Professoren und Direktoren mit zweierlei
Maß gemessen werden sollte. Die Gerechtigkeit erfordert
es, daß hier keinerlei Unterschied gemacht wird. Inbes-
trifft nach unseren Informationen nicht zu, daß die abge-
baubenen Herren „sämtlich der demokratischen Partei
nahestünden“. Das scheint nur bei einigen der Fall zu
sein. Dagegen darf man dem Artikel der „Tagespost“
nur zustimmen, wenn er auf den skandalösen Umstand
hinweist, daß einige dieser Herren nicht nur über 60
Jahre alt sind, sondern teilweise bereits in das 65. Le-
bensjahr gehen. Wer sich daran erinnert, wie rigoros
und automatisch der blaue Brief bei Professoren, sobald
sie den 60. Geburtstag gefeiert hatten, eintraf, der wird
es nicht verstehen, wenn hier vor den Schulmonarchen
selbst Halt gemacht wird. Daß parteipolitische Motive
dabei mitgespielt sollten, vermögen auch wir nicht zu glauben;
wir möchten aber der Erwartung Ausdruck geben,
daß vonseiten der maßgebenden Faktoren in Landtag und
Regierung dafür Sorge getragen wird, diese Ungerechtig-
keit je eher, umso besser aus der Welt zu schaffen.

Der badische Zentrumsführer Prälat Dr. Schofer mußte sich
vor einigen Tagen einer Operation unterziehen, die glück-
lich verlief. Die Operation war notwendig, um ein schon
länger bestehendes Leibel zu beseitigen, das ihn zwar von der
aktiven Teilnahme am politischen Leben nicht abhielt, aber ihm
doch mancherlei Beschwerden bereitete. Prälat Dr. Schofer be-
findet sich auf dem Wege der Genesung.

Bekämpfung von Mißständen im Kraftfahrzeugverkehr. Der
Minister des Innern hat einen Erlass herausgegeben, worin die
Bezirksämter und Polizeidirektionen ersucht auf die Überwachung
und Bekämpfung der Mißstände im Kraftfahrzeugverkehr, ins-
besondere auf die Bekämpfung vermeintlicher Veräußerungen, Geräusche
und Dämpfe hingewiesen werden. Von jedem Kraftwagen, bei
dem derartige Mißstände beobachtet werden, wird das polizeiliche
Kennzeichen festgesetzt. Sofern auf Verlangen der Anzeige nicht
sogleich strafendes Einschreiten erfolgt, wird der Halter oder
Führer dieses Autos wegen der Verletzung in geeigneter
Weise verurteilt. Im Wiederholungsfall muß der Halter des
Kraftfahrzeuges ein Sachverständigengutachten über die Beschaf-
fenheit des Kraftfahrzeuges beibringen. Sind nach diesem Gut-
achten die vorgeschriebenen Einrichtungen zur Vermeidung von
Geräuschen usw. vorhanden, so wird der Führer oder der Halter
wegen Verletzung bestraft, sind sie nicht vorhanden, so wird
die Zulassung des Kraftfahrzeuges widerrufen, sofern nicht in
einer kurz bemessenen Frist die erforderlichen Einrichtungen an-
gebracht werden. Es ist allen Polizeibeamten, insbesondere den
mit der Verkehrszulassung beauftragten Beamten, zur Pflicht ge-
macht, auf die Bekämpfung dieser Mißstände im Kraftwagenver-
kehr ganz besonders zu achten.

Gemeindepolitik

Heidelberg. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ von maß-
gebender Stelle erzählt, steht die Ernennung von Dr. Müller
Mannheim zum Stadtschulrat in Heidelberg seitens des In-
nenministeriums unmittelbar bevor.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnauskoski
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Es traf auch mancherlei anderes ein, worin tawastländisches und sawolaxisches Wesen aneinander gerieten — meistens lachenden Mundes.

So erhob sich gleich in den ersten Wochen ein Streit über die Schlitten. Die Tawasten wütheten lächelnd über die leichten sawolaxischen Schlitten mit ihrem gekrümmten Vordertheil — diese knarrenden Schnauzenfüßchen seien ja Kinderpielzeug! Die Rätner und Tagelöhner redeten selbstbewußt den Kopf; wenn man erst manns-hohen Schnee habe, dann werde der sawolaxische Schlitten schon zeigen, wozu seine „Schnauze“ gut sei! Hierauf und auf die gerühmten tawastländischen Schlitten warteten sie nun.

Lange brauchte man denn auch nicht zu warten, denn aus der Gefindestube des Gutshofes drang stets in den Abends- und Morgenstunden das Haden des Beifles, das Pfeifen der Säge und die Unterhaltung der für ihre Sache begeisterten Männer. Dort entstanden Schlitten, Heumagen, Bütteln, Zuber und allerlei, was man in einem heruntergekommenen Gehöft am notwendigsten brauchte. Die neuen Bewohner waren von dem alten Schlag, der selbst herzustellen wußte, was er wollte.

„Es ist ja kein Wunder, daß das Gehöft in solchem Stande ist, wo so viel faules Volk gefüttert werden muß“, lachte Mutela einmal, indem er ein paar vor seinen Füßen herlaufende Schaben tottrat. „Diese Braunröde, und dann die anderen, die Langbeinigen, die dort hinten Osen mußizieren, wie fröhliche Spielzeuge!“

„Du hast recht, hier ist viel müßiges Volk“, lachte Resitalo. „Und so verflucht naheweis, daß sie einem bis ins Gehöft fahren!“

„Nun, die Wahrheit über den Feind!“ fiel Mutela wieder ein. „Diese scheinen doch auch mit einem harten Brottrank vorlieb zu nehmen, aber die echten Sawolaxer, die sind ja so faul, daß sie nicht mal hartes Brot essen mögen.“

Alle lachten — daß die Sawolaxer immer weiches Brot essen mußten, erschien ihnen als eine merkwürdige Verschwörung der Gottesgabe, da man mit hartem viel länger auskam.

So verfloßen Stunden und Wochen in beständiger Arbeit und dem Reiz der Neuheit. Sie waren fast überrascht, als sie eines Tages bemerkten, wie die Weihnachten so nahe vor der Tür standen, daß die Frauen kaum noch schnell ein richtiges schäumendes tawastländisches Bier aus dem starkduftenden Malz vom heimischen Acker Resitalos brauen konnten.

VIII.
Die Weihnachten kamen mit dichtem Schnee und milde. Die Leute des Gutes verbrachten sie gewissermaßen in Tawastland.

Sie hielten im Anfang nicht einmal eine tawastländische Zeitung und hatten sie in den ersten Wochen auch nicht vermocht. Auf die Dauer jedoch kam ihnen das Gehöft ohne Blatt leer vor.

Es traf gerade zu Weihnachten in einem mehrwöchigen Haden ein. Und es riß sie mit unwiderstehlicher Kraft nach Tawastland. Alles war bekannt, vom Landeshauptmann an. Man las die Neuigkeiten und Anzeigen, die Todesfälle, Geburten, Güterverkäufe und Versteigerungen, ja die Mitteilung über den Verkauf einer zu Weihnachten talbenden Kuh dort in der Heimat löste eine Regung aus. So sah man da, las und unterhielt sich mit gütlicher, stiller Stimme.

Das waren glückliche Stunden. Aber im Anschluß an diese heimatischen Gedanken schlich sich in ihre Seele ein stilles: Warum? Warum waren sie hier, von ihren Wurzeln losgerissen?

Und da griff die geheimnisvolle Hand des Schicksals, die sie mit Gewalt eine Weile heileite gedrückt hatten, wieder schwer wie Eisen in ihr Leben.

Das zerstörte ihnen die Weihnachtsfreude und von da an fast jeden Tag. Es schlich sich wie ein stilles Gift in ihr Blut. Sie sahen gegenwärtig aus ihren Wänden, daß jeden von ihnen derselbe Gedanke bewegte. Aber sie vermochten nicht, miteinander davon zu sprechen, sondern lebten von einem Tag zum andern, wie auf ein rettendes Wunder wartend.

Jeder war bemüht, seinen Kummer in der Arbeit zu ersticken.

Resitalos Brust war immer schwächer geworden, aber er versuchte, sich und den anderen vorzuspiegeln, er sei noch kräftig. Er hatte seit seinen jungen Jahren nicht so mächtig geschafft wie jetzt — als ob er eine große Schuld abzutragen und gewußt hätte, daß seine Tage gezählt seien.

Nach leidenschaftlicher hieben die Burtschen ein. Weinend und die Zähne zusammenbissend, hatten sie sich damals in Tawastland unter ihr Schicksal gebeugt, jetzt versuchten sie mit der Wut der Verzweiflung, sich eine Brustwehr der Arbeit gegen den Schneesturm zu schaffen, der herindrehen mußte. Und mit der Kraft ihrer jungen Lebenslust gelang es ihnen auch in manchen Stunden, zu vergessen und wie Mutela zu denken, daß sie nur zeigen wollten, was ein Tawaste zustande brachte.

Ihre Schwester, die Ursache des Unglücks, haßten sie. Sie hatten beschloffen, ihr erbitterte, grobe Worte über alles zu sagen. Sie blieben in Tawastland ungejagt — und blieben es immer noch. Denn die Schwester war wie das geheimnisvolle Schicksal der Familie: freudlos und tränenlos, bleigrau und verstockt. Ihre Gedanken konnte niemand auch nur aus ihren Wänden lesen und ihr auch nicht befehdig begegnen.

Am schwersten lastete der gegenwärtige Zustand auf der zarten Hanna. In ihren Gedanken erschien ihr das eigene Unglück gleichsam gering neben dem Unrecht, das Mutela widerfahren. Das Leben war wie ein Rätsel. Wie kam es, daß die Schwester, die Schuldige, nicht wenigstens

siebenssofter und demüthiger gegen Mutela war? Mutela war so gut. Wenn sie ihn manchmal nachsah, wie er eifrig und lächelnd herumarbeitete, war sie nahe daran, in Tränen auszubrechen.

Auch Hella, die von dem Familiengeheimnis gar nichts wußte, war es, als sei das Leben tumbervoller geworden. Sie stand mitunter lange Zeit neben ihrer Mutter, das Herz voll allerlei Fragen. Aber sie wagte sie nicht auszusprechen. Das lag wohl daran, weil sie sich so nach Tawastland sehnte, und die anderen sich nicht sehnten — schloß sie.

Unter ihnen allen ging die alte Frau umher wie ein milder Herbsttag, der doch wie eine Sonne durch die immer dichter werdende Wolkendecke zu lächeln verliert. So verstrichen die Tage schwer und grau in gemeinsamem Schweigen, das niemand zu brechen wagte.

Mit der Zeit kam ein anderer Unruhe erweckender Faktor hinzu — die Umgebung. Es schien, als ob sich die eise einmischen und dem Schweigen ein Ende machen wollte.

Ihrerlei gingen sie allen näheren Beziehungen zu den Sawolaxern aus dem Weg. Die Umgebung war jedoch nicht so fast. Sie betrachtete ihr Leben und Treiben von Tag zu Tag. Zu arbeiten verließen diese Tawasten, das gaben sie zu, aber in allem anderen war etwas, worüber die sawolaxische Fingigkeit ihre gewandten Witz machte.

Diese kamen mit der Zeit auch ihnen zu Ohren. Die Frauen der Rätner und Tagelöhner brachten sie leise flüsternd — wie sie den Stoff dazu selber aus dem Haus getragen hatten. Das begann sie zu beunruhigen, denn es schritt in ihr tawastländisches Wesen und lagte auch für das Familiengeheimnis Schlimmes voraus.

Resitalo versuchte zwar, die Segel geschwellig zu halten, aber es gelang ihm nicht recht; sowohl er als die andern fühlten, daß er es verjuchte. Der einzige, der lächelnden Mundes auf seinem tawastländischen Boden feststand, war Mutela. Jeder fühlte, daß er wirklich in seinen eigenen Tiefen einberging und nicht nur verjuchte.

Gleich nach Weihnachten geschah etwas, das sie sehr empfindlich berührte, denn es traf einen munden Punkt. Sie hatten doch so weit die Hütten ihrer Rätner und Tagelöhner besucht, daß sie bemerkten hatten, wie die Sauberkeit in dieser Gegend von Sawolax von ganz besonderer Art war. Jetzt ging im Dorf der Witz um, die Anstimmungen stammten aus einem Lande, wo Dielen und Fenster zweimal im Jahre, zu Weihnachten und zu Johannis, gewaschen würden. Da aber die früheren Besitzer des Gutshofes gerade vor ihrem Auszug gewaschen hätten, hätten es die neuen Bewohner so glücklich getroffen, daß sie ganz um die zweite Jahrsjahreswoche herumgekommen wären!

Das ärgerte sie, namentlich die Frauen. Mutela allein lachte.

„Ja gewiß, man sieht ja, daß ihr die Dielen und die Fensterputzen wäscht, ja, das sieht man an den Beckern“, lachte er einmal der sawolaxischen Gutsmagd Riita und einer zufällig anwesenden Tagelöhnersfrau zu. „Und dann habt ihr auch soviel mit dem Waschen der russischen Mehlsäcke zu tun! Dort bei uns werden die russischen Waschen, und Kornäde hat man bei uns unterm Hintern, wenn man in die Stadt fährt, und nicht, wenn man aus der Stadt kommt, wie ihr!“

(Fortsetzung folgt.)

Der grüne Winter

Mäßig kalte Tage wechseln mit milden, von feuchten Nebeln verhangenen od. Manchmal läßt sich auch ein wenig Sonne blicken. Dann aber können wir wirklich nicht glauben, daß wir im Januar leben. Wenn es so weitergeht, dann kanns nicht mehr lange dauern, bis die Schneeglockchen in den Gärten säulen, bis die ersten Veilchen mit ihren blauen Köpfchen nicken werden. Schon schwollen hier und da die Knospen an den Bäumen.

Wir fragen uns, was nur der Winter heuer mit uns vorhaben mag. Will er mit dem Kalender verwechseln, ohne uns seine Macht, sein typisches Aussehen gezeigt zu haben? Wo hat er seine Jahreszeit, mollige Schlafede verbracht, mit der sich die zarten fröhlichen Saalpflanzen doch so freuen würden? Wie möglich wären sie unter ihr abgezogen vor den immerhin ungarnten Wänden! Man sieht bis jetzt die Dielen draußen im grauenmordenen Grün geblieben. Werden sie am Ende zu Ostern im weißen Gewande prangen? Zu frühzeitig ist es schon. Denn wir können garnicht glauben, daß der Winter so gelinde verziehen wird. Wir kennen den getrengen Herrn zu gut aus anderen Jahren. Wenn wir dann auf die holden Frühjahrsblüthe warten, dann wird er uns noch im verspäteten Regimente die pridelnden Eisföndchen ins Gesicht treiben. Eines ist ihm gewiß: wenn er jetzt nicht schleunigst sein Szepter zum ausholenden Schwünge in die Hand nimmt, dann wird ihm späterhin ein freunblicher Empfang nicht mehr zuteil werden.

Wie warnte unsere Jugend auf den lustigen Sänel! Auf eine spiegelnde stolze Eisbahn! Sie scheint die Hoffnung darauf schon aufzugeben und ihre Ohnmacht gegen die Willkür des Winters einzuflehen. Im Gebirge finden die Sportler Sonnenklima anstatt schimmernde Schneefelder, und die Liegefluren in der warmen Höhenzone müssen den Stijport erheben.

Abwarten müssen wir, was der alte Graubari von Winter noch mit uns vor hat. Und wie er es einrichtet, so müssen wir es hinnehmen und zurecht sein. Das sind wir ja auch so in dem Gedanken, daß die milde Zeit so manchen armen Menschen zugute kommt. Hoffen wir noch, daß sie auch den Ausbruch dieser Krankheiten mindert. Immerhin, die Tage fangen schon an, länger zu werden. Wir sind beim Aufstiege. Es geht wieder einem neuen Frühling, neuem Leben entgegen. Hella.

Roter Mohr im Buchsthaus*)

Von Feli Rechenbach
Doppelt ist.
Ein warmer Sommerlag.
Der Spazierhof liegt zur Hälfte in goldigem Sonnenschein.
Die eine Mauer wirft fahlen Schatten.
Sträflinge machen ihren Rundgang im Gänsemarsch.
Aus pergamentenen Gesichtern brennen hohle Augen. Schweig-

sam, in sich gekehrt, trotten sie im Kreis. Sprechen ist verboten.

Alle haben den Hof schon ausgemessen. Die oft Sie wüßten, daß sie hundert Schritte zu jeder Hande brauchen. Wenn sie auf die Sonnenseite kommen, reden sie sich, bedenken die Brust weit und atmen tief.

Mitten im Hof, auf einer Grasfläche, stehen zwei Bische Mohr. Roter Gartenmohr.

Die Gefangenen wissen vom Korjahr, wie Hün er läßt. Sie warten seit Tagen, daß die schwellenden Knospenknollen plöhen und die rote Frucht herausquillt.

Heute ist das Wunder geschehen. Ueber Nacht. Große, stammend rote Blumen glühen in der Sonne. Wenn ein linker Aufstauch drüber streicht, ist es züngelndes Feuer.

Und die Gefangenen gehen im Kreis und haben im Gaus der Freudlosen gefunden, woran sie sich freuen. . . . Hell aufleuchtet der Mohr im Strahl der Sonne. Scharf ist der Kontrast zum Grau der Mauer.

Deutlich wird jetzt: Das Graue ist das Tote. Die rote Blut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Fanal des Lebens! Hoch aufstrebend die schlanken Stengel des Mohrs, als wollten sie das Leben hinausheben über das tote Grau, das ringsum laitet.

Entzückt klingen die Schritte im Kreis. Wie leere Augen glöhen vergitterte Fenster ins Welt. Hier tote Mauer: engen den Raum und roter Mohr glüht in der Sonne.
Ein jubelndes Fanal des Lebens!

*) Aus dem nächstens bei J. G. W. Dieck Nachf. erscheinenden Buch „Im Gaus der Freudlosen“.

Theater und Musik

Städtisches Konzerthaus
Neu einstudiert: „Das Glas Wasser“. Lustspiel in 4 Aufzügen von Scribe

Uebersetzt und bearbeitet von Otto Stockhausen
Die „gute“ Königin Anna von England regierte von 1702 bis 1714. Was ihr an Witz abging, ersetzte sie durch Eigensinn, der bekanntlich die Energie der Dummheit ist. Unmöglich in ihrem Benehmen, lebte sie auch sonst mehr wie eine Frau aus dem Bürgerstande. Doch war sie vom fürstlichen Gottesgnadenstande voll und ganz überzeugt. Ihre Hauptleidenschaft war, wie bei so vielen ihrer fürstlichen Standesgenossen — Ludwig XVI., Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm II. — das Essen. Darin liegte ihr Ehrgeiz, denn sie huldigte dem Grundsatz: Essen muß der Mensch, sonst kann er nicht — trinken! Die Porträts, die von ihr erhalten sind, zeigen die Königin als Schönheitsliebster; als Königin bekam sie jene Fettschätze im Gesicht, die der Kenner sofort als „Chandogenerköpfe“ anspricht.

Eine die Freundschaft verband sie mit Sarah Jennings, späterer Herzogin von Marlborough. So heiß war diese Freundschaft, daß Anna sich lieber mit ihrer ganzen Familie verbeugte, als daß sie auf den Verkehr mit dieser Außenfreundin verzichtete hätte. Waren die beiden einmal auf kurze Zeit getrennt, so wechselten sie die gütlichsten Liebesbriefe. Alle Ehren und Würden kaufte die Königin auf ihre Freundschaft, und als der spanische Erbfolgekrieg ausbrach, übertrug Anna dem Gemahl ihrer Freundin, dem Herzog von Marlborough, das Kommando über die englischen Truppen. Im Jahre 1707 stellte die am Hof allmächtige Herzogin, die die Königin völlig unter ihrer temperamentvollen Zucht hielt, eine junge Verwandte, Abigail Hill, zum Hofdienst vor. Die hübsche Kleine verdrängte schließlich die Herzogin aus dem Herzen der Königin, es kam zu einem ekklatanten Streit, der sich sogar politisch auswirkte, indem Anna den siegreichen Feldherren Marlborough zurückerief, den Krieg abbrechen und 1713 den Frieden zu Utrecht schloß. Ludwig XIV. zeigte sich für diese Sinnesänderung der britischen Herzogin so dankbar, daß er ihr 2500 Pfund des köstlichsten französischen Sektles schickte, woran die Königin Anna so intensiv nippte, daß sie wegen dieser allzu heißen Fütterung im Jahre 1714 in ein frühes Grab fand.

Aus dem Hauptreißer dieser Historie hat Scribe ein unvergleichliches Theaterstück geschaffen, das sich als eine Perle der Komödie ansehen läßt. Literarische Oculisten darf man bei diesen Franzosen nicht suchen; er schrieb für die kapitalistische Schwart und wollte selber Geld verdienen. Also bot er leicht gemachte Unterhaltungsware. Die Auffassung, daß ein der Königin über das Reich geschütteltes Glas Wasser so große historische Wirkungen habe herbeizubringen können, ist reichlich naiv, entspricht aber der Oberflächlichkeit der Geschichtsbetrachtung, die in weiten Kreisen das Bürgerturnus heute noch gepflegt wird. Einen Vorzug des Werkes bildet seine Sauberkeit; es sucht keine Wirkungen nicht im Bereich des Segualismus, und ist infomeren ganz „unmodern“.

Der Königin des Fel. Scheinpfug kam der maddenhafte Reiz und die Grazie des Spieles der Darstellerin sehr zu statten. Von der historischen Figur hat die Rolle wenig. Die Darstellerin gab sich auch zweifellos etwas zu jung, besonders im Vergleich mit Frau Ernica, die sich schärf geprügelter Herzogin, da die Abigail von Hana f. W. f. f. mehr wie ein Pockelfisch aus sah, konnte aus diesen 3 verächtlichen Altersstufen keine richtige psychologische Grundlage entstehen, zumal auch Hans Raffke sich allzumenig bemühte um dasjenige Minimum von geistiger Bedeutung, das man auch im Umgang mit Königinnen nicht unterbieten darf. Bärners Rollenrolle wurde neben der Herzogin die dominierende Figur des Stückes; der Vertreter des häßlichen Wastam zeigte darstellerisch nicht ganz an die Rolle heran. Dieser junge Hofoffizier mußte mehr Schiffs, Feinheit und Charme zeigen, wenn er Herzoginnen und Königinnen bezaubern will. Im übrigen war man diesmal mit Erfolg bewußt, das geistige Hofleben in Geltung und Bewegung zu bewerkstelligen, wofür man Herrn Bärners und Regie Dank sagen muß. Das Publikum unterhielt sich gut und war dankbar. M.

Landestheater. Fräulein Marie Fanz wurde für die kommende Spielzeit wieder verpflichtet. — Die Frauennacht. — Ein Spiel um die Ehe in vier Akten von Heinrich Heine, gelangt im Landestheater am Mittwoch, 28. Januar, zur Wiederholung. Die dritte Aufführung des neuinszenierten historischen Schauspiel „König Richard der Dritte“ von Shakespeare erfolgt am Freitag, 30. Januar. — Mit Jean Bedevinds Grotte „Die Besessenen“, die am Samstag, 31. Januar, als dreizehnte Uraufführung dieser Spielzeit in Szene geht, erscheint nunmehr ein fünftes Werk des immer noch viel umstrittenen Dichters auf unserer Landesbühne. — Im Konzerthaus wird am Sonntag, 1. Februar, das neuinszenierte Lustspiel „Das Glas Wasser“ von A. Eugène Scribe (übersetzt und bearbeitet von Otto Stockhausen-Darmstadt) zum erstenmal wiederholt.

Großfeuer in der Amalienstraße

Im Hause Amalienstraße 79, wo sich das Lager der Lebensmittelhandlung „J. S. J.“, Julius Schnepp, befindet, brach gestern abend 1/8 Uhr Feuer aus. Der Brand nahm sehr rasch großen Umfang an, sodass beim Eintreffen der Feuerwehr schon aus dem ganzen Gebäude die Flammen herausströmten. Es wurde deshalb die Feuerwehr alarmiert, und zwar die 3. Kompanie und die Wehrkomitee. Das Feuer, das in den mit Lebensmitteln, Holz und Kohlen angefüllten unteren Räumen reichlich Nahrung fand, wurde sofort von der Feuerwehr und der Wehrkomitee unter Leitung des Oberkommandanten Heuser mit mehreren Schlauchleitungen bekämpft. Ungefähr zwei Drittel des Gebäudes sind ein Raub der Flammen geworden, außerdem ein Kaffeehaus, größere Mengen Tee, Margarine, Nudeln, Erbsen, Bohnen, Reis, Kaffee, 3000 Kilo Nudeln und 1000 Kilo Bohnen und Kaffeebohnen, sowie viele andere Lebensmittelwaren („J. S. J.“), wertvolle Kupferstücke der beiden Inhaber der Firma. Der Schaden ist also ein sehr gewaltiger.

Bis halb 9 Uhr war die Gefahr des Übergriffens des Feuers auf andere Gebäude immer noch groß, sodass die Feuerwehr erst gegen 9 Uhr abziehen konnte. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt. Nur soviel steht fest, daß der Brand in den unteren Räumen ausgebrochen ist.

Der Polizeikommissar meldet zu dem Brandfall: Gestern abend 1/8 Uhr brach in dem Hinterhause des Hauses Amalienstr. 79 gelegenen Lebensmittelager des Kaufmanns Julius Schnepp vermutlich durch Brandstiftung ein Feuer aus, das das Gebäude mit seinen Lebensmittelvorräten und Kaffeebohnen zum Opfer fiel. Das Feuer konnte nach etwa zweifelhafter Tätigkeit durch die alarmierte Feuerwehr gelöscht werden. Der Gebäude- und Fahrnis Schaden dürfte sich auf etwa 30 000 M. belaufen.

Kaffee Bauer. Auf das heutige Sonderkonzert sei hingewiesen. Kompositionen von Dvorak, Liszt, Wagner und Sarasate. Singsängerinnen betreten das vielseitige Programm. (Siehe die Anzeige.)

Karlshuder Polizeibericht vom 28. Januar

Selbstmordversuch. In angegrabenem Zustand versuchte gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr ein in der Wehrkomitee nachgehender Schuhmacher in seiner Wohnung sich die Pulsader mit einem Küchenmesser zu durchschneiden. Von einer Polizeipatrouille konnte der Lebensmüde an der Ausführung seines Vorhabens gehindert werden. Auf Anordnung des herbeigerufenen Bezirksarztes wurde der vermutlich Geistesranke mittels Krankenautos in das Stadt Krankenhaus verbracht.

Störung des Straßenbahnverkehrs. Gestern vormittag kurz nach 11 Uhr brach an einem mit Rauchgas beladenen Zweifelhäuserwert beim Überqueren des Straßenbahnüberganges in der Reichstraße beim Altbahnhof die vordere Achse, wodurch die Fahrbahn auf das Gleis fiel und eine Störung des Straßenbahnverkehrs von 1/2 Stunde verursachte.

Warnung. In letzter Zeit wurden hier außer Kurz gefesselte Bettmattchen vom 6. Februar 1920 in betrügerischer Absicht in Zahlung gegeben. Der Täter ist unbekannt.

Wasserstand des Rheins

Schiffenfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Wasserstand des Rheins

nach dem Berliner Mitteltours vom 27. Januar. In Auszahlung: Belgien 21,72 M. per 100 Belg. Fr. Holland 109,40 M. per 100 Holl. Guld. Spanien 50,80 M. per 100 Pes. Schweiz 81,08 M. per 100 Schw. Fr. Italien 17,41 M. per 100 Lire. England 20,129 M. per 1 Pfd. Sterl. Schweden 113,28 M. per 100 Kronen. Frankreich 22,68 M. per 100 Franz. Fr. Oesterreich 5,919 M. per 100 000 Kronen. Neuhort 4,20 M. per 1 Dollar. Sibawai 12,45 M. per 100 Kronen.

Wasserstand des Rheins

Schiffenfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Wasserstand des Rheins

Schiffenfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Wasserstand des Rheins

Schiffenfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Wasserstand des Rheins

Schiffenfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Wasserstand des Rheins

Schiffenfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Wasserstand des Rheins

Schiffenfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Wasserstand des Rheins

Schiffenfeld 26, gest. 6, Rehl 143, gest. 8, Maxau 302, gest. 5, Mannheim 182, gest. 1 Zentimeter.

Berlin, 27. Jan. Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Aufwertungsausschusses kamen die von mehreren Abgeordneten vorgelegten Entschlüsse nicht zur Abstimmung, da der weitere Punkt auf Grund der Erklärungen des Reichsfinanzministers verlangt, den neuen Gesetzentwurf zur Aufwertungsfrage nach einer Woche im Reichstage zu verhandeln und die Sitzungen des Aufwertungsausschusses auf eine Woche zu verschieben. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Vertreter der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei im Ausschuss protestierten gegen die Abstimmung, da nach ihrer Meinung der Gang der Abstimmung geschäftsordnungswidrig gewesen sei. Sie erklärten, daß sie sich alles weitere vorbehalten müßten und daß sie sich so an der Abstimmung nicht beteiligen werden.

Diese Erklärungen der beiden Bürgerblödmänner be- weisen allen denen, die an der Aufwertung als Opfer inter- essiert sind, daß sie ihre Hoffnungen auf eine rasche ge- lösung nicht setzen. Die Erklärung der beiden Bürger- blödmänner sind aber außerdem ein politischer Lie- besdienst für die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen. Diese beiden Parteien haben in der gewinnlosesten und verlogenen Weise den Wählern versprochen, daß sie unter allen Umständen die Aufwertung durchdrücken werden. Jetzt, vor die Tats- ache gestellt, es auch tun zu sollen, werden alle Winkel- züge unternommen, um das Versprechen nicht Wahrheit werden zu lassen, soweit nämlich die Kleinen Sparern in Betracht kommen. Dagegen sind die beiden Reaktions- parteien entschlossen, etwaige Verluste der Un- ternehmer und Großkapitalisten nach Möglichkeit zu er- setzen. Um nun sich selbst der Kritik möglichst zu ent- ziehen, um den abermals in ihren Hoffnungen so grausam betroffenen kleinen Sparern erneut Sand in die Augen zu streuen, damit sie den elenden Verrat der Reaktions- parteien nicht erkennen sollen, ist die Bürgerblödmänner- regierung veranlaßt worden, eine Erklärung abzugeben, hinter der sich die Reaktionsparteien verbergen, um ihre Wahl- versprechen nicht zu erfüllen. Es ist ein schändliches und grausames Spiel, das da mit Hunderttau- send armer Menschen gespielt wird, nicht das einzige erbärmliche Spiel, aber eines der schlimmsten. Jedoch, die Reaktionsparteien mögen noch so schändlich mit den vitalsten Volksinteressen treiben, es finden bei den Wäh- lern sich immer wieder Dumme genug, die ihnen nachlau- fen. Wozu die bürgerliche Presse ihren Teil beiträgt.

Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Frankreich

Berlin, 28. Jan. (Eig. Kundendienst.) Das Reichskabinett beschloß sich am Dienstag mit verschiedenen Fragen der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen, so vor allem mit der Antwort des französischen Handelsministeriums auf die Anfragen der deutschen Handelsministeriums auf die Staatssekretär Dr. Trendelenburg, den Chef der Handelsdele- gation, nach Berlin zur Berichterstattung zu berufen.

Die Unterfuchung der Barmataffäre

Berlin, 27. Jan. Im Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Unterfuchung der Barmat-Krüster-Affäre er- klärte Finanzrat Wirtensfeld, daß Krüsters Beziehungen mit der Staatsbank im Jahr 1923 dadurch anormal geworden seien, daß Pfundwechsel in Höhe von 230 000 Pfund auf das Lombard- depot der Staatsbank überwiesen worden seien. Diese Pfund- wechsel seien zwar eingelöst worden, aber auf irregulärem Weg. Sie seien von dem Lombardbeamten der Generaldirektion zurück- gegeben und durch andere Wechsel, die wiederum ausgegeben wurden, und wiederum durch andere Wechsel ersetzt wurden, ohne Genehmigung der Generaldirektion ergänzt worden. Der betri- ebliche Beamte, erklärte der Finanzrat weiter, war der in- zwischen abgetauchte Bankoberinspektor Vlodz. Bei der nach der Staatsbank vorgekommenen Prüfung wurde das Konto Krüsters in Ordnung gefunden. Nachträglich stellte sich aber heraus, daß diese Prüfung in fahrlässiger Weise vorgenommen wurde. Anfangs Februar wurden deshalb die drei schuldigen Beamten entlassen. Die Unterfuchung wurde die drei schuldigen Beamten mit wessen Interesse und Gesandte nachhaken. Ein Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte: Nach den bisherigen Ermittlungen ist Krüster mit Frau und Sohn am 1. Juni 1920 nach seiner eigenen Angabe aus Barmen nach Berlin zugewandert ohne Paß und Sichtvermerk. Anfangs 1922 wurden die Behör- den auf ihn aufmerksam gemacht durch eine andere Firma, die ein Strafverfahren gegen Krüster einleitete und seine Ausweilung beantragte. Am 21. März 1922 hat das Wohnungsam- Wilmerdorf die Ausweisung Krüsters beantragt, weil er ohne Genehmigung eine Sechszimmerwohnung bezogen hatte. Krüster selbst hat am 16. 10. 22 eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt, in der er als besonderer Referent eine Empfehlung des Beauf- tragten des deutschen Gesandten bei der Regierung in Lettland und Gehilfen dem Polizeipräsidenten vorlegte. Trotz dieser Emp- fehlung hat am 19. Oktober 1922 das Polizeiamt Wilmerdorf Krüsters Ausweisung verfügt. Da erschien der Fabrikant V l a u und erklärte, daß Krüster als Mitinhaber der Firma v. Stein unentbehrlich in Deutschland sei und daß um Gewährung der Aufenthaltsgenehmigung. Diese wurde dann auch gegeben.

Zur Frage des Anwachsens der Schuldenlast Krüsters von 4,5 Millionen auf 14,2 Millionen erklärte der Finanzrat Wirtens- feld, daß die Schuldenlast Krüsters sich namentlich dadurch ver- größert habe, daß früher in Zahlung gegebene Wechsel keine Ver- rechnung fanden, sodas er mit diesen Wechselbeträgen belastet werden mußte. Infolge weiterer Lombardierungen von Wechseln, die durch Finanzrat Dr. K u e h e vorgenommen wurden, stieg die Schuld Krüsters bis Ende Mai auf 12,4 Millionen Mark, wozu schließlich noch ein Wechsel in Höhe von 1,8 Millionen kam. Als der Vertreter von Michael den von Kuehe fragte, ob die Staatsbank hinsichtlich des letzten Wechsels gedeckt wäre, wurde diese Frage bejaht.

Die Siegerin.

man wieder zusammentreffen, um festzustellen, welches Mittel am besten gewirkt habe. Die Ferien vergangen und alle Damen warteten ungeduldig auf den Freitag. Endlich kam er und die Damen sahen sich wieder. Man musterte sich genau. Aber kein Gesicht zeigte neues Blüten. Eine Dame vermühte man noch. Als sie eintrat, machten alle Damen große Augen, denn sie war auffallend ver- schönt. Wie kam das? Woher? Alle Damen umringten sie und sprachen auf sie ein, bis sie endlich zu Wort kam und den Damen sagen konnte, daß sie Marolan-Creme genommen habe. Zum erstenmal waren alle Damen einig, und gaben zu, daß „Marolan-Creme“ die Siegerin sei. Nun nahmen alle Damen heimlich diese Creme. Und von

Einigungsverhandlungen der Eisenbahn-organisationen

Berlin, 28. Jan. (Eigener Kundendienst.) Am Dienstag be- gann in Berlin die 5. Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahn-Beamten und -Anwärter. Gleich zu Beginn wurde beschlossen, die Vertreter der gegnerischen Eisenbahn-Or- ganisationen und des freigewerkschaftlichen deutschen Eisenbah- ner-Verbandes zur Teilnahme an der Tagung einzuladen, um mondtäglich die Einigungsverhandlungen zu einem Abschluß zu bringen. Im Geschäftsbericht wies der Vorsitzende M e n n e darauf hin, daß die Umgestaltung der Reichsbahn in eine Gesell- schaft von der Reichsgewerkschaft stets bekämpft worden sei, zumal sich seitdem die Rechte der Beamten grundlegend geändert hätten. Sie seien denen der Arbeiter stark genähert worden. Demgegenüber sei es Pflicht, die Bildung einer großen Einheits- organisation der Eisenbahner durchzuführen. Ueber die Tätig- keit einer Kommission der Reichsgewerkschaft, deren Aufgabe es war, eine Grundlage für die Einigung aller im Eisenbahndienst Beschäftigten zu finden, berichtete B l a n s, daß nur der Deutsche Eisenbahner-Verband den Richtlinien der Reichsgewerkschaft zu- gestimmt habe. Die Beamten der übrigen Organisationen seien noch nicht reif für den strengen gewerkschaftlichen Gedanten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft deutscher Reichsbeamten M u s c h, erklärte seine Zustimmung zu dem Programm der Reichsgewer- schaft, lehnte eine organisatorische Verbindung der Beamten mit den Eisenbahnarbeitern jedoch ab. Vertragliche Bindungen ge- nügten. Auf freigewerkschaftlichem Boden wäre eine Einigung unmöglich. Die Mitglieder der Gewerkschaft deutscher Reichs- beamten fühlten sich nicht als Arbeitnehmer schlechthin, sondern als „beamtete Arbeitnehmer“. Diefelben Gedanken gingen von demgegenüber betonte Genosse S c h e f f e l, der Hauptvorsitzende des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, die Grundzüge einer frei gewerkschaftlichen Einigung und eines Einheitsverbandes von Beamten und Arbeitern der Reichsbahn. In der Diskussion traten die beiden Auffassungen einander scharf gegenüber. Ein Teil der Redner trat für die alte freigewerkschaftliche Organi- sation ein, der andere für die moderne Einheitsorganisation.

Die Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze

Eine Rede Staunings

Kopenhagen, 27. Jan. Ministerpräsident Stauning hielt gestern abend in einer Versammlung des Grenzvereins in Syd- rup eine Rede, in der er u. a. die Frage der Lösung des deutsch- dänischen Grenzproblems behandelte. Nachdem er die Entwick- lung der nordischdänischen Verhältnisse und die Wiederbereini- gung mit Dänemark erwähnt hatte, wies er darauf hin, daß in den zu Dänemark gelangten Gebieten der deutschen Minderhei- ten so stark seien, daß sie einen Vertreter in den dänischen Reichs- tag gefordert hätten. Die deutschen Minderheiten seien seiner Zwangsherrschaft unterworfen, sie sollten kulturelle Freiheit ge- nießen und nach ihrem eigenen Wunsch die deutsche Sprache und die deutsche Kultur bewahren. Die neue Grenze sei eine Tat- sache, die respektiert werden müsse, jedoch sei es der aufrichtigste Wunsch der Regierung, daß die dänischen Minderheiten südlich der Grenze ebenso gute Bedingungen erhielten wie die deutschen Minderheiten in Nordischdänien. Die von der deutschen und der dänischen Regierung zur Pflege des Grenzverkehrs abgehaltene Konferenz sei ein Erfolg und es sei zu wünschen, daß das gute Einvernehmen weiter ausgebaut werde.

Frankreich und der Vatikan

Paris, 27. Jan. Die Kammer debattierte heute die Debatte über das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegen- heiten in Anwesenheit des Ministerpräsidenten fort. Zunächst verlangte der demokratische Abg. Paul Simon, daß man die Minderheiten prüfe, die die Aufhebung der französischen Wei- schaft beim Vatikan auf Nationen haben könnte, bei denen eine organisierte katholische Partei bestehe. Er wies dann auf die bedeutsame Entwicklung der deutschen katholischen Partei hin, die einen großen Fortschritt erreicht habe und auf die christlich- soziale Partei in Österreich, die bisher Frankreich günstig ge- wesen sei. Der Redner machte der Regierung den Vorwurf, daß sie die Katholiken als Feinde der Republik betrachte und sich zu Ungerechtigkeiten gegen sie verhalten lasse. — Ministerpräsident Herriot bewachte sich dagegen, daß von seiner Seite aus je- mals irgend ein Katholik ungerecht behandelt worden sei. — In der Nachmittagsitzung der Kammer suchte der Abg. Bergach den Beweis zu liefern, daß Frankreich, wenn es seine Interessen wahren wolle, beim Vatikan vertreten bleiben müsse. Der Ab- geordnete sprach alsdann von der Haltung des Papstes während des Krieges und erinnerte daran, daß er es mit einem gewissen Mut ablehnte, das österreichische Heer zu segnen. Papst Benedikt habe gesagt: „Der Papst segnet den Frieden und nicht den Krieg!“ Man floge den Papst an, daß er während des Krieges nicht gesprochen habe, vergesse aber, daß man Vorlesungen ge- troffen habe, um ihm durch einen Geheimvertrag den Mund zu stopfen. Die französische Weisheit beim Vatikan könne ein aus- gezeichnetes Horoskop an einem Ort internationaler Tätigkeit werden.

Briefkasten der Redaktion

24. Wir wollen nur der Ordnung halber feststellen, daß es in Ihrem Manuskript ausdrücklich und deutlich hieß: Freitag, 28. ds. Mts. Der Fehler lag also nicht bei uns. B. M. 207. Die Frage läßt sich nicht genau beantworten, da jede geschliche Unterlage fehlt. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als Abg. beim zuständigen Amtsgericht anzutreten, wenn keine nützliche Einigung zustande kommen sollte. Auf alle Fälle aber ist mehr zu zahlen wie die Aufwertung.

Briefkasten der Redaktion

Wohne zu Wohne, wenn man sich traf, konnte man gegenseitig eine zarte Glättung der Haut und blütenhafte Verschönerung des Gesichtes wahrnehmen, worüber sich die Damen riesig freuten. Mit dem sich ständig verändernden Gesicht fand sich auch wieder ihr jugendlicher Frohsinn ein. Hierdurch entland den Männern der Damen natürlich eine Extratreube. Auch Sie, Leser und Leserin, können durch Marolan- Creme große Freude und Vorteile ernten. Mächtigen Sie sich kostenlos überzeugen? Eine Probe der wunderbaren Maro- lan-Creme, sowie ein erklärendes Büchlein mit Abbildungen, beides völlig kostenlos und portofrei, bekommen Sie an- gefordert, wenn Sie an den Marolan-Vertrieb, Berlin 284, Friedrichstraße 18, schreiben.

B Einer sagt's dem andern, dass man in der **Badischen Kleiderzentrale** Zirkel 30 Karlsruhe Telefon 4120 **Herrn- u. Burschenbekleidung** am best., u. billigst. kauft. Streng reell, fachm. Bedienung.

Töpfer
Tabakfabrikate * Karlsruhe
Ich empfehle meine aus Friedenszeiten bestens bekannte **Vorstenlanden-Zigarre** in alter, erstklassiger Qualität zu **10Pfg.** das Stück
Kriegsstr. 3a Ecke Ruppurrerstr. **Kaiserstr. 133** Ecke Kreuzstr. **Ruppurrerstr. 10** **Am Stadigarten 19**

Badisches Landestheater
Mittwoch, den 28. Januar, 7-9 u. 10 Uhr (4.50). D 14; Zg.-Gem. 3001-3400
Lieb frauenmild.

Pfannkuch
Eingetroffen
frische
Frankfurter Würstchen
3 Paar 1.25
Paar 1.00
Pfannkuch

Sechste
Kein gelbes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizin-Salbe wurde die Sechste in 8 Wochen geheilt. Die Seife ist Lauende wert. L. D. Das Zucker-Creme, nicht fettig und fettlos. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.
Gänselebern
auf fortwährend zu den allerhöchsten Preisen
Karl Pfeifferle
Erbsprinzenstr. 23

Sil
Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.
Sil Henke's beliebtes Bleich- und Waschmittel als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche. — OHNE CHLOR —

Geschäfts-Eröffnung.
Meiner wertigen Nachbarschaft und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich **Schülerstraße 31** ein **Motherei-Produkte-Geschäft** eröffnet habe. Ich werde bemüht sein bei prompter Bedienung nur prima Waren zu liefern und bitte um geneigten Zuspruch.
Ehrfurchtend **Ernst Pech.**

Touristenverein „Die Naturfreunde“
Drüsigruppe Karlsruhe.
Kommenden Freitag, den 30. Januar, im **Total Friedrichshof**:
Ordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. — 2. Anträge. — 3. Neuwahlen.
Dazu laden wir unsere Mitglieder, sowie die der Bezirksgruppen höflichst ein, mit der Bitte um vollständiges Erscheinen.
Anfang 8 Uhr. — Mitgliederkarte dient als Ausweis.
Die Drüsigruppenleitung.

Plakate
aller Art liefert rasch und billig
Buchdruckerlei
Geck & Cie., Luisenstraße 24. Telefon 128.

Carl Finkelstein Holz- und Kohlenhandlung **Kohlen, Zentralheizungskoks u. Holz** **Ruppurrerstr. 8**
liefert alle Sorten **Büro nur**
prompt, reell und billig **Telefon 2394**

Die Inhaber der im **Royal Juni 1924** unter Nr. 18272 bis mit Nr. 22078 angekauften bzw. erneuerten **Handbühnen** werden hiermit aufgefordert, ihre **Pänder** bis längstens 10. Februar 1925 auszuliefern oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pänder zur Versteigerung gebracht werden **Karlsruhe, 21. Jan. 1925.**
Städt. Pänderkass.

Gänselebern
taugt zu bekannt hohen Preisen
Gänseleber-Einkaufs-Zentrale
Th. Karch, Karlsruhe, Mittelmeierstr. 2 u. Zwickel, Flüglerstr. 71. 4240

Pfannkuch
Neues **Silber-Sauerkraut** 12 Pfg.
Norddeutsches und bayerisches **Rauch-Fleisch** 2.- Pfg.
frische **Frankfurter Würstchen** 3 Paar 1.25
Pfannkuch

Das Auswanderungsweien betr.
Dem Herrn Rudolf Freiherrn von Enzberg in Karlsruhe, Kaiserstraße 183, wurde gemäß § 11 des Reichsgesetzes über das Auswanderungsweien vom 9. Juni 1897 heute die Erlaubnis erteilt, bei Beförderungen von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern als Agent des Reichsbüro für die Fremden durch Vorbereitung und Abschluß von Beförderungs-Verträgen gewerbmäßig mitzuwirken. Die Erlaubnis berechtigt zum Geschäftsbetrieb im Amtsbezirk Karlsruhe.
Karlsruhe, den 26. Januar 1925. O.-B. 11
Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Zwangsvorsteigerung.
Donnerstag, den 29. Januar 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich in dem **Handlotale, Steinstraße 23** hier, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:
1. Divoan, 1. Stuhlschrank u. 1. Stuhlbild.
Karlsruhe, den 27. Januar 1925. 911
Strang, Gerichtsvollzieher.

Durlacher Anzeigen.
Die Gewährung von Beihilfen zur **Kutschung von Konfirmanden- und Kommunitandentleibern.**
Unbemittelten Eltern, welche zur Beschaffung von Konfirmanden- bzw. Kommunitandentleibern nicht in der Lage sind, kann auf Antrag eine Beihilfe in Geld oder, soweit möglich, in Bekleidungsgegenständen gewährt werden.
Gesuche sind spätestens bis Mittwoch, den 4. Februar 1925, unter Angabe des Namens und der Religion des Kindes, sowie unter Vorlegung der Familienverhältnisse, und Vermögensverhältnisse schriftlich oder mündlich bei dem unterzeichneten Amt einzureichen.
Durlach, den 25. Januar 1925.
Städt. Fürsorgeamt.

Ettlinger Anzeigen.
Lehrstellenvermittlung.
Wir richten an die Herren Arbeitgeber in Industrie, Handel und Gewerbe die höfliche Bitte, die in ihren Betrieben an Eltern zu vergebenden Lehrstellen beim hiesigen Arbeitsamt melden zu wollen. Die Zuweisung von geeigneten Lehrlingen wird alsdann im Benehmen mit der Schule erfolgen.
Ettlingen, den 26. Januar 1925. 348
Arbeitsamt Ettlingen.

Baden-Baden.
Gemeindesteuer und Gebäudesteuer.
Von der für das Rechnungsjahr 1924/25 zu erhebenden **Gemeindesteuer** und **Gebäudesteuer** sind die für die Monate April bis mit Dezember 1924 zu zahlenden Raten bereits verfallen. Außerdem wurden auf 5. Februar auch die **Januar-Raten** fällig. Wir fordern die säumigen Schuldner auf, die rückständigen Beträge alsbald zu bezahlen, da wir in den nächsten Tagen mit dem **zwangsweisen Einzug** der Rückstände beginnen werden. Für verfallene Zahlungen sind dann außer den gesetzlichen Verzugszuschlägen auch noch die **Kosten des Rahn- und Zwangsverfahrens** zu tragen.
Stadterrechnungsb.

Gesangverein Saffalia
Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 1/2 1 Uhr, im großen Saale des „**Röhren Krug**“
Große Damen- und Fremden-Sitzung
mit darauffolgendem **Ball.**
Mitwirkung von bedeutenden Vortragsrednern und Rednerinnen, u. A. des Herrn Paul Müller vom Badischen Landestheater.
Karneval-Konzert der **Harmone-Kapelle.**
Liederbuch und närrische Kostümbekleidung obligatorisch. 920
Eintrittspreise: Mitglieder 50 Pfg., Nichtmitglieder 1.- RM.
Es ladet närrisch-höflich ein **Der Elferat.**

Paßbilder
für Reise und Fahrkarten sofort
Offier-Photos
Billigste Preise
Photogr. Atelier
Rausch & Pester
Erbsprinzenstr.

Tanz-Lohninstitut
J. Braunagel
Nowacks-Anlage 13
Telefon 5809
Beginn neuer Kurse
Einzelnunterricht jederzeit
Ged. Amelke von Isenrodt
Unterrichtsstelle:
ehemal. Saal Hotel Nowack.
Zahle die höchst. Preise am hiesig. Plage i. ausgegang. **Frauenhaare.**
Eskar Zeder Haarhandlg.

KAFFEE BAUER
Heute Mittwoch 8 1/2 Uhr abends
Großes Sonderkonzert
der verstärkten Kapelle.
Aus dem Programm: 912
Carneval, Ouverture . . . Dvorak
Orpheus, Symph. Dichtung . Liszt
Fantasie a d. Op. „Die Meistersinger von Nürnberg“ . . . Wagner
Zigeunerweisen . . . Sarasate
Solist: Kapellmeister Dolezel.

COLOSSEUM
Täglich unter anderem ab 8.45 Uhr
Das **Phänomenale Miljukowa-Ballett**

Unsere Leser und Leserinnen
werden gebeten, bei ihren **Einkäufen** in erster Linie sich auf die **Insertate** unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die **Insertenten** dieser Zeitung.

Frauenwelt
zur Hand!
30 Pfennig das Heft, mit Schnittmuster 40 Pfennig
Zu beziehen:
Volksbuchhandlung, Adlerstr. 43, Tel. 3701

Gänselebern
werden fortwährend zu höchsten Tagespreisen angeboten.
G. Meel, geb. Stürmer, Erbsprinzenstr. 21, 2. St.

Sport-Artikel
jeder Art preiswert und gut
Sport-Haus Brannath
Karlsruhe
Durlacher Tor.

Pfannkuch
Hülsenfrüchte
weiße **Bohnen** 28 Pfg.
Linsen 32 Pfg.
42 Pfg.
50 Pfg.
Pfannkuch